

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1846**

82 (1.3.1846)

# Wochenblatt (XIII.)

als Fortsetzung der

# Landtags-Zeitung.

Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3 fl. 48 fr. Durch die Post bezogen 4 fl. 48 fr. für Baden.

Man abonniert bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe bei Malisch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 82.]

Karlsruhe 1846.

[1. März.]

Herausgegeben von Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malisch und Vogel.

Ueberblick des badischen Verfassungslebens, mit besonderer Rücksicht auf die Richtung und Thätigkeit der Parteien in der zweiten Kammer.

Von **A. v. Siron.**

(Fortsetzung.)

Im Vertagungsrescript vom 26. Juli findet sich gerügt, daß innerhalb drei Monaten nicht alle Vorlagen der Regierung, namentlich das (erst am 10. Mai vorgelegte) Finanzgesetz nicht erledigt worden, daß diese Zögerungen durch unzarte Bemerkungen über wohlverworbene Rechte herbeigeführt worden seien, daß ein großer Theil der Ständeversammlung (die erste Kammer) mäßigere und schonendere Gesinnungen geäußert, daß man erwarte, solche Gesinnungen würden bei der Wiedereröffnung der Ständeversammlung ein weiteres Feld gewinnen.

Die Abgeordneten wurden bei ihrer Heimkehr vom Volk mit Jubel empfangen, das Ministerium sandte ihnen aber eine Verordnung nach, die jeden Verkehr zwischen ihnen und ihren Wahlmännern untersagte. Einzelne wurden unter polizeiliche Aufsicht gestellt, Staatsdiener unter ihnen verhaftet.

Am 26. Juni 1820 fand die Wiedereröffnung der Ständeversammlung statt.

In seiner Eröffnungsrede wies Staatsrath Reinhard auf die bereits erzielten, kleinen Erfolge des Zusammenwirkens von Regierung und Volk (nämlich die Aufhebung der Personallasten der ehemaligen Leibeigenschaft, die Aufhebung des Trotts und Kelterweins, die Erweiterung der Posteinrichtungen u. dgl.) hin. Er versicherte, daß das Gleichgewicht zwischen laufender Einnahme und Ausgabe im Staatshaushalt bei strenger Erhaltung des Instituts der Amortisationskasse, des Schuldenstandes und des Stammvermögens bestimmt hergestellt sei und wünschte Mäßigung und Billigkeit der Gesinnungen.

Am Tag nach der Eröffnung zeigte der nämliche Re-

gierungscommissär der zweiten Kammer an, daß der Vorstand des Oberhofgerichts berichtet habe, wie diejenigen Mitglieder jener obersten Gerichtsstelle, welche zugleich landständische Deputirte seien, ohne Nachtheil für die dortige Justizadministration, ihren Posten nicht zugleich verlassen könnten. Schon früher habe das Ministerium des Innern vorgetragen, daß von den beiden Rechtslehrern der hohen Schule in Freiburg, welche Mitglieder der Ständeversammlung seien (von Rottke als Mitglied der ersten und Duttlinger als Mitglied der zweiten Kammer) wenigstens der eine oder der andere unentbehrlich und der Abgang beider mit Ausführung des Lehrplans unverträglich sei. Es habe daher den Oberhofgerichtsräthen von Liebenstein, Föhrenbach und Feyer, sowie dem Professor Duttlinger der Urlaub verweigert werden müssen.

Zugleich wurde als nachträgliche Bestimmung zur Wahlordnung von der Regierung folgender Zusatz vorgeschlagen:

„Fällt die Wahl auf ein Individuum, das in Gefolge eines Dienstes oder Contractverhältnisses zum Besuche des Landtags der Einwilligung eines Dritten bedarf, so ist zugleich unter Beobachtung gleicher Normen ein Ersatzmann zu wählen.“

Gegen diese Urlaubsverweigerungen sprachen sich sogleich mehrere Mitglieder der zweiten Kammer so energisch aus, daß eine kleine Discussion dem allein passenden Beschlusse der Verweisung in die Abtheilungen voranging.

Als der Gegenstand berathen war und der Bericht erstattet werden sollte, erklärte der Berichterstatter, es sei wünschenswerth, daß vorher die Regierungscommission Seine königliche Hoheit den Großherzog veranlassen möge, die noch fehlenden Mitglieder der Kammer, die keinen Staatsurlaub zum Eintritt in die Kammer erhalten, schleunigst einberufen zu lassen.

Hierauf erhob sich Staatsrath Reinhard und erklärte:

„Seiner Königlichen Hoheit sei über diesen Wunsch der zweiten Kammer bereits Bericht erstattet worden. Die Regierungskommission habe durch diese Beschleunigung einer heiligen Pflicht und ihrer Stellung zu der vereinten Ständeversammlung zu entsprechen geglaubt und sie schähe sich glücklich, derselben in Befolge besondern höchsten Auftrags eröffnen zu dürfen, daß unverweilt und wo möglich noch am nämlichen Tage die nöthigen Befehle abgingen, um durch dienliche Geschäftsvorsorge die schnelle Ankunft der noch abwesenden mit Staatsurlaub noch nicht versehenen Deputirten zu bewirken.“

Auch hätten Seine Königliche Hoheit der Großherzog zu der weiteren Erklärung gnädigst ermächtigt, daß der vorgeschlagenen Modification der Wahlordnung durchaus keine Folge gegeben werden solle. Sie werde daher hiermit förmlich zurückgenommen.“

Die Kammer votirte einstimmig eine Dankadresse an den Großherzog und das Vertrauen war wieder hergestellt. (Fortsetzung folgt.)

### Mundschau.

— Im Oberlande, auf welches die Thätigkeit der Rücktrittspartei hauptsächlich gerichtet ist, kämpfen die Oberrheinische Zeitung und die Seeblätter wacker für die gute Sache der Bürger. Leider ist ihre Presse nicht frei, aber doch hat die Wahrheit dort etwas mehr Spielraum, als in einer Stadt des Unterlandes, wo ein Mitglied des Centralkomitee Censor ist. Quousque tandem —!

— Die oberrheinische Zeitung hat in ihren letzten Nummern die „Geheimen Verhaltensbefehle“ der Jesuiten gebracht, welche Vieles erklären, was in unsern Tagen vorgeht. Der letzte Paragraph lautet: „Endlich muß die Gesellschaft suchen, nachdem sie die Gunst der Fürsten erlangt hat, wenigstens Denjenigen, die ihr nicht zugethan sind, furchtbar zu werden.“ — Wir spüren, daß dieser Paragraph befolgt wird; aber es ist zu viel Licht um den Weg, bei welchem betrachtet die Furchtbarkeit viel von ihrer Kraft verliert. Die oberrheinische Zeitung hat zuerst in ihrer Nr. vom 21. das Circular des Komite der Kamarilla in Mannheim veröffentlicht und dadurch zur Entlarvung der Feinde der Verfassung einen wesentlichen Dienst geleistet. Sie theilt ferner die Nachrichten über die Urwahlen sehr schnell mit, und diese lauten bis jetzt der Mehrzahl nach günstig für die gute Sache. In leitenden Artikeln spricht sie zum Volke, um es über die Bedeutung

der gegenwärtigen Wahlen aufzuklären und es vor seinen falschen Schmeichlern zu warnen. In der Nummer vom 25. berichtet sie, daß Pfarrer Zittel zu Bahlingen einstimmig zum Wahlmann gewählt worden ist; die beste Antwort auf das Gerücht, daß die Gemeinde mit seinem Wirken unzufrieden sei. In Eichstetten und Theningen sind die Wahlen durchgängig, in Bögingen größtentheils liberal ausgefallen.

— Wenn man jetzt die bayerischen Blätter liest, so könnte man leicht irre werden und glauben, Bayern sei badisch oder Baden bayerisch geworden. Die Aschaffenburger Zeitung hat einen Aufsatz gegen die Reichsräthe drucken lassen (ähnlich dem Landsturmsblatt der süddeutschen Zeitung gegen die badische zweite Kammer), worin die Katholiken aufgerufen werden, ihre Rechte gegen die Reichsräthe zu verteidigen, von denen sie durchaus nicht gekränkt waren. Die Reichsräthe haben den Aufsatz „wegen seines merkwürdigen Inhaltes“ abdrucken und vertheilen lassen, dann haben sie über die Adressen verhandelt. An mehreren Orten des bayerischen (wie des badischen) Oberlandes waren leere Bogen zur Unterzeichnung aufgelegt. In München (wie im Badischen) suchen viele Unterzeichner ihre Theilnahme wegzuläugnen. In Bayern predigen die Jesuiten — sie nennen sich dort Redemptoristen — gegen die Anträge des hochherzigen Fürsten Brede, wie in Baden gegen Zittel's Motion. Der Hauptpetitionensturm in Bayern soll aber erst losgehen, wenn die Anträge des Fürsten Brede an die zweite Kammer gelangen; nämlich Petitionen, nicht an die Kammer, sondern an den König, um Auflösung der „religionsfeindlichen“ (d. h. nicht jesuitischen) bayerischen Kammer, oder um Aufhebung der Verfassung. Gerade wie bei uns, nur mit den Kammern ist es anders. Der Fürst von Dettingen-Wallerstein, welcher von den ultramontanen Blättern stark gescholten wird, weil er nicht in ihr Horn bläst, dankt denselben in der Allgem. Zeitung für die Maßlosigkeit ihrer Angriffe, da sie am Besten geeignet seien, ruhig Denkenden die Augen zu öffnen. Er sei aufrichtig katholisch und überzeugt, daß der warme aber duldsame und von christlicher Liebe beseelte Katholicismus der geheiligten Sache des Glaubens mehr nütze, als die sogenannte streitende Kirche einer Alles überlärmenden und daher scheinbar mächtigen Coterie (Sippschaft). — Von Würzburg ist am 21. d. M. eine Adresse für Schleswig-Holstein, bedeckt von Namen der meisten alten katholischen Bürgerhäuser, nach München abgegangen. Der Schluß der Adresse verdient hier einen Platz. Er lautet:

„Bekanntlich bekennt sich der deutsche Norden zu einer andern

„Christlichen Confession, als die Meisten der hier Unterzeichneten. Welcher Vaterlandsfreund wollte aber in einer vaterländischen Sache jener ohnehin mehr zufälligen als freiwilligen Unterscheidung denken? Deswegen bitten bei dieser Gelegenheit wir, die wir innerhalb unseres geliebten Vaterlandes nur christliche Mitbürger und deutsche Mitbürger kennen, unsere Namen nicht den Unterzeichnern solcher Adressen beizuzählen, welche unter dem Scheine religiösen Eifers nur politische und sociale Spaltungen in einer mehr denn je vollständige Eintracht heischenden Zeit zu erzeugen geeignet sind.“

— In dem Morgenblatt (Nr. 49) finden wir heute die erste Fortsetzung des Aufsatzes von Hrn. Professor Plag, „Die Pressefreiheit und der Radikalismus“, deren Anfang wir gestern erwähnt haben. Er sagt darin, was er in seiner Motion durchgeführt hat, freilich nur skizzenhaft andeutend, „denn ich wollte kein Buch schreiben.“ Dafür wird ihm Deutschland danken, das schon an der skizzenhaften Andeutung in der Motion übergenug hatte. Der Censur wird vorgeworfen, daß sie „zahllose Scharfeten voll des Geistes der Irreligiosität und Immoralität ungehindert passiren läßt“, was sie doch jedenfalls dadurch wieder gut gemacht hat, daß sie den Aufsatz des Herrn Professors, „die Pressefreiheit und der Radikalismus“ ebenfalls laufen ließ; dann geht es wieder ingrimmig über den Gegner im Mannheimer Journal los. Ihm und seinen Freunden gilt unter Andern folgende Stelle, die zu nobel ist, als daß wir sie im Morgenblatte ihr Grab finden lassen dürften. Sie steht hier, der Nachwelt aufbewahrt als Denkmal edler Sitte:

„Dabt doch einige Scham und enthaltet euch, eure geistige Impotenz damit zu entschuldigen, daß die Schere der Censur euch entmanne! Ihr seid Hämlinge von Haus aus und wo eure Kraft sich noch schöpferisch zeigt, da erscheint statt eines geisterfüllen Menschen ein lächerlicher homunculus, den man in Wasser statt in Spiritus aufbewahrt; jenes erhält ihn, dieses würde ihn tödten, denn alles Geistige ist sein Tod.“

Si, ei, Hr. Professor, was wird die — Welt dazu sagen? Das ist freilich ein tödtlicher Spiritus, wie man ihn braucht, um todte Körper vor Verwesung zu bewahren. Da wir doch einmal eine Stelle herausgehoben, so mag eine zweite daneben stehen und zugleich als selbstgesprrochenes Urtheil gelten: „D armselige Halbwisserei, die im Garten unserer Literatur herumtaumelt wie ein Betrunkener und täppisch bald hier und da in ein Beet hineinstolpert und die Blumen zertritt!“ — Und was für Blumen! Doch — länger können wir uns bei der Fortsetzung nicht aufhalten, sie ist sehr lang und es folgen noch mehrere. Das Papier ist geduldig. — In der nämlichen Nummer kann das Morgenblatt seine Freude über die Verurtheilung des Hrn. v. Struve

nicht bergen. „Die acht Wochen Haftstrafe — sagt es — die er nun von den zwei ersten Prozessen hat, sind zwar unangenehm, indessen soll er noch mit 4 oder 5 Pressprozessen hängen, deren Ausgang hoffentlich dem Hr. v. Struve mehr Ruhe gewähren werden!“ — Mehr Ruhe allerdings wird Hr. v. Struve im Gefängnisse haben, als eine Menschenseele außerhalb, die, mit Haß angefüllt, über das, was ein politischer Gegner für seine Ueberzeugung leidet, zu jubeln vermag.

— Der Aufsatz in der oberrheinischen „An den Gewerbes- und Landmann“, der auch in andere Blätter übergegangen ist, und nachweist, was die Landstände genügt haben, erfreut sich nicht des morgenblättischen Beifalls, weil er nicht, wie das Morgenblatt, die unter Mitwirkung der Stände erlassenen Gesetze der Partei des Rückschritts zum Verdienst anrechnet. Aber, bei dem besten Willen ist das nicht möglich; die Geschichte der Landtage ist Jedermann bekannt, und zeigt, daß die Jahre 1825 und 1828, wo jene Partei fast allein im Ständesaale saß, die unfruchtbarsten waren. Und doch will das Morgenblatt solche Landstände wieder haben, denn nicht für Jedermann waren jene Zeiten unfruchtbar. Das Budget wurde, wie gefordert, so bewilligt; die Verfassung wurde abgeändert, um ihre Abschaffung wurde petitionirt, an eine Gemeindeordnung war nicht zu denken. Ach, es waren schöne Zeiten — für die Patrone des Morgenblattes. Kein Wunder, daß sie so viele Mühe anwenden, sie zurückzurufen oder ähnliche herbeizuführen!

— Warum ist denn das Morgenblatt so zurückhaltend mit Berichten über die Urwahlen? Es ist doch sonst nicht so blöde.

— Die Karlsruher Zeitung ist so wenig wie das Morgenblatt mit dem Aufsatze der oberrheinischen zufrieden, der den Bürgern herzählt, was die Stände für sie gearbeitet haben; doch bewahrt sie immer noch eine constitutionelle Gesinnung. Sie erkennt in der Verfassung ein unschätzbare Besitztum des badischen Volkes, und behauptet, es werde keinem wahrhaften Freunde des Vaterlandes in Ernst einkommen, das Institut der Landstände, die ein Ausfluß jener Verfassung sind, als ein unnützes zu bezeichnen und die Vortheile desselben zu verkennen. Dies ist richtig; aber dann muß uns die Karlsruher Zeitung auch zugeben, daß die süddeutsche und das Morgenblatt sammt den Urhebern der Petitionen von Dogern u. s. w. entweder Spas gemacht haben, oder keine wahrhafte Freunde des Vaterlandes sind. Denn sie haben hundertmal behauptet, daß die Landstände unnütz seien. Die Anwendung der Landwehr — das gestern be-

sprochene Schäfergedicht, — sagt es wieder und nennt die Ständeversammlung einen theuern Spektakel. — Die Karlsruher Zeitung will übrigens nur, daß man der Regierung ihren Antheil an den guten Gesetzen ebenfalls gebe und nicht Alles Verdienst den Ständen zuschreibe. Allein bei diesem ganz billigen Begehren ist ein Umstand nicht zu übersehen. Wenn Jemand behauptet hätte, die Regierung sei unnütz, dann würden wir gern der Karlsruher Zeitung unsern schwachen Beistand anbieten, um den Gegenbeweis zu führen und die Verdienste der Regierung, bezügl. auf die Gesetzgebung, hervorzuheben. Da aber Niemand behauptet hat, die Regierung sei unnütz, aber viele Stimmen dem Volke sagten, die Stände seien unnütz, so war es nicht nothwendig, auf die Verdienste der Regierung, wohl aber auf die Leistungen der Stände aufmerksam zu machen. Nicht wahr, das hat die Karlsruher Zeitung übersehen? — sonst würde sie dem Verfasser jenes Aufsatzes keine schlimme Absicht unterstellt und ihren Artikel nicht mit dem unpassenden Ausrufe geschlossen haben: „Ja, schlau ist sie, die Hölle!“ — Mit der Karlsruher Zeitung können wir, wenn sie guten Willen zeigt, uns leicht verständigen. Sie ist keine Hölle.

#### Korrespondenz.

\* Vom Rhein, 26. Februar. Die Urwahlen sind in mehreren Bezirken vorgenommen, in den meisten im Gange. Nach den bis jetzt bekannten Ergebnissen zu schließen, werden die Wahlen den Erwartungen der verbündeten und in ihrer Spitze als Kamarilla vereinigten Parteien des politischen und kirchlichen Rückschlusses nicht entsprechen; sie werden vielmehr einem kräftigen Verfassungsleben, wie es konstitutionelle Staatsmänner und die große Mehrheit der Bürger wünschen, günstig sein. Wir geben uns jedoch nicht der Täuschung hin, alle guten Nachrichten, so weit sie auf Hoffnungen, günstige Stimmung u. dgl. lauten, für begründet und den Sieg für leicht zu halten. Nein, es erfordert rastlose Anstrengungen, um die in großem Masse angewendeten demagogischen Kniffe und Verführungskünste der Jesuiten und Absolutisten unwirksam zu machen. Das einfachste Mittel ist die Veröffentlichung derselben. Das Circular des leitenden Ausschusses der bürgerfeindlichen Kamarilla in Mannheim, wobei ein Spanier und ein Italiener die thätigsten Mitglieder sein sollen, thut die beste Wirkung, indem es den Bürgern zeigt, wer sie täuschen will, für wen sie wählen sollen. Die Reise des Geistlichen W. nach Freiburg trägt ebenfalls gute Früchte. Er soll wieder zurückgekehrt sein und seine Funktionen im Komitee und beim Morgenblatt angetreten haben.

Herr Joseph Tunna jun., am Neckarthore zu Mannheim, soll viele Zuschriften und Geldpakete erhalten. Die Hauptkraft der Freunde des Vaterlandes, welche das kostbare Gut der Verfassung aus den Händen der Rückschrittspartei zu retten bemüht sind, besteht in ihrer Einigkeit und ihrem gesetzlichen Verfahren. Alles, was sie thun, soll offen geschehen, denn sie haben das Licht nicht zu scheuen.

\* Mannheim, 26. Februar. Wenn Sie in den heutigen Nummern der Abendzeitung und des Journals einige gute Artikel lesen, so ist dies dem Umstande zuzuschreiben, daß Herr v. Uria gegen die Mittagsstunde zu censiren aufhörte, und die letzten Vorlagen beider Blätter von Herrn Amtmann Fuchs censirt wurden. Andernfalls wäre gestrichen worden, wie gewöhnlich. Ein Rekurs der Abendzeitung gegen den Strich eines Artikels, der im Journal passirte, liegt schon seit 6 Tagen bei der Kreisregierung und wartet auf Erledigung, im Vertrauen auf die Verordnung, wonach Rekurse gegen Censurstriche als eilende Sachen behandelt werden sollen.

\* Rastatt, 26. Februar. So weit die Urwahlen bis bekannt sind, ist die Wiedererwählung des Herrn v. Isstein wahrscheinlich. Im Landamte Karlsruhe haben die Urwahlen ein gutes Resultat gehabt. Die Mehrzahl der Wahlmänner sind für die Verfassung und gegen den Rückschritt. Für das Komitee der Kamarilla in Mannheim sollen in der Residenz von einer Person 2,500 fl. gezeichnet worden sein.

\* Emmendingen, 25. Februar. Ein Sendling des jesuitischen Komitee in Mannheim hat auch unser Städtchen besucht, soll aber schlechte Geschäfte gemacht haben. Es gibt bei uns keine Wahlmänner zu kaufen, und kein Geld für Jesuitenzwecke. Der gute Mann hat sich, dem Vernehmen nach, in das Gebirg geflüchtet, wo es ihm aber auch nicht besser gehen wird.

\* Zell, im Kinzigthale, 24. Februar. Gestern hat unser Städtchen drei Wahlmänner ernannt und durch die Wahl von drei freisinnigen, constitutionellen Bürgern seine Anhänglichkeit an die Verfassung bewiesen. Das Amt Gengenbach hatte den Wahlmann Lechleitner, der aus den zehn Höchstbesteuerten in die Wahlcommission gezogen war, darum abgelehnt, weil er zugleich Gemeinderath ist. In dem Gesetze scheint diese Ansicht nicht begründet, denn es schließt die Gemeinderäthe nicht aus; wohl aber liegt in der amtlichen Ansicht ein Mißtrauen gegen die Gemeinderäthe und eine Beschränkung der freien Wahl unter den 10 Höchstbesteuerten. Sollte durch die Ausschließung ein nicht angegebener Zweck erreicht werden, so ist derselbe gescheitert. Rabenwirth Lechleitner war seit langen Jahren Gemeinderath und Urkundeyperson aus den zehn Höchstbesteuerten; nur diesmal wurde er vom Amte ausgeschlossen.